

8. 1. Ist eine Bank, die den Auftrag erhalten hatte, einen auf
ausländische Währung lautenden Wechsel einzukassieren, berechtigt,
den Betrag ihrem Auftraggeber in deutscher Währung zu vergüten?

2. Kann das Berufungsgericht einen auf das Bestehen einer
Handelsfitte gerichteten Beweisanzug aus dem Grunde zurückweisen,
weil die mit sachverständigen Handelsrichtern besetzte Kammer für
Handelsfachen das Bestehen der Handelsfitte verneint hatte?

ROB. §§ 675, 667. HOB. § 346. RPD. § 286.

I. Zivilsenat. Ur. v. 10. Januar 1925 i. S. D. Bank (Bekl.) w.
Stellios D. (Kl.). I 106/24.

- I. Landgericht Hamburg, Kammer für Handelsfachen.
- II. Oberlandesgericht daselbst.

Am 7. April 1923 überreichte die Klägerin der Beklagten einen
Wechsel einer Firma L. Gz. auf die Danziger Filiale der Beklagten,
lautend über 3769,37 holländische Gulden, mit der Bitte, den
Wechsel am Fälligkeitstage durch ihr Danziger Haus einzulösen und
den Gegenwert auf das Konto Evangelos D., Lariffa, bei der
Deutschen Orientbank in Hamburg zu überweisen. Die Beklagte zog
die Wechselsumme ein und überwies den Gegenwert dem genannten
Konto in Papiermark. Die Klägerin war hiermit nicht einverstanden
und erhob Klage auf Zahlung von 3769,37 holländischen Gulden
nebst Zinsen.

Das Landgericht und das Oberlandesgericht gaben der Klage
statt. Die Revision der Beklagten hatte keinen Erfolg.

Gründe:

Der Auftrag der Klägerin ging dahin, den Wechsel „einzulösen“
und den „Gegenwert“ dem Konto Evangelos D. zu „überweisen“.

Die Beklagte behauptet, dieser Auftrag habe nur dahin verstanden werden können, daß der dem inkassierten Guldenbetrag damals entsprechende Markbetrag zu überweisen sei. Sie begründet ihre Meinung damit, daß dies der Sinn des Ausdrucks „Gegenwert“ sei, daß die Klägerin, wenn sie etwas anderes gewollt habe, das Wort „effektiv“ habe hinzufügen müssen, daß ihr das Bestehen eines Guldenkontos des Evangelos D. bei der Orientbank unbekannt gewesen sei, und daß Devisenbetrage damals nicht hätten „überwiesen“ werden können. Diese Einwendungen sind vom Berufungsgericht mit Recht zurückgewiesen. Wie der Auftrag auszuführen war, hing grundsätzlich vom Willen des Klägers ab, soweit dieser Wille erkennbar gemacht war. Wenn nun zunächst der Streitfall für sich allein als Einzelfall betrachtet wird, so berechtigten die von der Beklagten hervorgehobenen, foeben angefuhrten Umstände nicht zu der Annahme, daß der Kläger mit einer Vergütung in Mark einverstanden war. Die Ausdrücke „Gegenwert“ und „überweisen“ werden im kaufmännischen Verkehr nicht durchgehends in so streng technischem Sinne gebraucht, daß aus ihnen irgend etwas Bestimmtes mit Sicherheit geschlossen werden konnte. Allerhochstens waren sie — ebenso wie das Fehlen des Wortes „effektiv“ — geeignet, Zweifel zu erwecken. Dann aber wäre es, wie das Berufungsgericht mit Recht angenommen hat, Pflicht der Beklagten gewesen, sich durch Rückfrage bei ihrem Auftraggeber zu vergewissern. Die Beklagte vermag also nur durchzubringen, wenn über die Besonderheiten des Einzelfalles hinaus damals ein Handelsbrauch bestand, eingezogene Scheck- oder Wechselbetrage, die in fremder Währung gezahlt waren, dem Auftraggeber im Zweifel in Mark zu vergüten. Davon kann aber nicht die Rede sein. Sicherlich ging das Bestreben der Banken dahin, derartiges durchzusetzen, und es wird auch nicht zu leugnen sein, daß sie je nach den Umständen manchen Kunden gegenüber damit Erfolg gehabt haben. Aber um einen Handelsbrauch oder eine Handelssitte anzunehmen zu können, dazu fehlten zwei Voraussetzungen: einmal die durchgehende Zustimmung und Rechtsüberzeugung von Handel und Gewerbe und zweitens der zur Bildung eines Handelsbrauchs erforderliche Zeitraum. Es ist also rechtlich nicht zu beanstanden, wenn das Berufungsgericht den Standpunkt der Beklagten mißbilligt hat, und es ist in formeller Hinsicht ebensowenig zu beanstanden,

wenn es sich dafür auf das Urteil der ersten Instanz, der kaufmännisch besetzten Kammer für Handelsfachen, bezogen hat. Dazu war es nach § 114 (118) OBG. (RGZ. Bd. 2 S. 384) berechtigt.

Die Revision hebt hervor, daß die Partei, die sich auf das Gutachten Sachverständiger ausdrücklich berufen habe, schlechter gestellt werde, wenn das Berufungsgericht, statt auf diesen Beweis-antrag einzugehen, sich ohne weiteres auf die eigene Kenntnis der Kammer für Handelsfachen stützen dürfe. Dem ist jedoch nicht zuzustimmen. Nach den Feststellungen des Berufungsgerichts über die Person der beiden beisitzenden Handelsrichter, die für die zur Er-orterung stehende Frage besonders sachverständig seien, ist deren Meinungsäußerung einem Sachverständigengutachten gleichwertig. Auch wenn ein Sachverständiger im ersten Rechtszuge vernommen wäre, hätte das Berufungsgericht nach pflichtmäßigem Ermessen von der Wiederholung der Begutachtung im zweiten Rechtszuge absehen dürfen. Die Rechte der Beklagten sind also nicht dadurch beeinträchtigt, daß das Berufungsgericht sich auf die einem Gutachten gleichwertige Meinungsäußerung der Kammer für Handelsfachen über die behauptete Handelsublichkeit gestützt hat.

In der Revisionsinstanz hat die Beklagte weiter ein Gutachten der Berliner Handelskammer angeführt, wonach es Anfang Dezember 1922 in Berlin zwischen den Banken und ihrer Kundschaft „handelsüblich“ gewesen sei, für Dollarschecks auf New York den Gegenwert im Zweifel in Papiermark gutzuschreiben. Das vermag jedoch — abgesehen von allen prozessualen Fragen — an der Sache nichts zu ändern. Daß die Banken so zu verfahren versuchten, ist unstrittig. Es ist aber nicht dargelegt, daß die Kunden sich dem in solcher Weise, in solcher Zahl und während so langer Zeit gefügt haben, um eine Handelsubung feststellen zu können.

Endlich hat die Revision gerügt, es sei nicht genügend erörtert, ob nicht ein Mitverschulden der Klägerin nach § 254 BGB. anzunehmen sei, insofern nur sie — nicht die Beklagte — habe wissen können, ob sie oder Evangelos D. Gulden gebraucht habe, und ob es nicht deshalb ihre Pflicht gewesen sei, den überwiesenen Mark-betrag zu behalten und Gulden dafür zu kaufen, anstatt ihn zurück-zuuberweisen. Auch dieser Rüge kann nicht stattgegeben werden. Der Beklagten war deutlich mitgeteilt, daß Evangelos D. die Mark

zurückweise und Gulden zu haben wünsche. Damit war die Sachlage vollkommen klargestellt. Die Beklagte konnte tun, was ihren Interessen dienlich war. Es war nicht Sache der Klägerin, den Maßnahmen der Beklagten vorzugreifen.